

Kommunale Verwirrung in Berlin.

Ohne Führung.

Im roten Hause geht es drunter und drüber. Nach dem Austritt des Oberbürgermeisters Vermuth steht die sichere Hand, die aus den sich immer stärker häufenden Schwierigkeiten herausführen könnte. Es will nicht viel sagen, daß die Deutsche Volkspartei den Streit über die Gültigkeit oder Ungültigkeit des wahlparlamentarischen Wahlsystems zum Anlaß nimmt, um die Rastierung der gesamten Stadtverwaltung zu erreichen und zu fordern. Denn es ist nicht anzunehmen, daß selbst bei einem formalen Verstoß gegen das Wahlrecht nicht nach gleich der Wahlkraft überhaupt für ungültig erklärt werden würde. Aber wenn es so weiter geht, wie bisher, dann wird sich sehr bald die Unmöglichkeit herausstellen, mit dieser Stadtverordnetenversammlung überhaupt zur Bewirklichung der Einzelgesetze zu gelangen. Am besten handelt es sich um drei Fragen, die zunächst gelöst werden muß: einmal wird die Wahl der neuen Stadtverordnetenversammlung nicht wiederholt werden müssen, dann muß die Frage der Einsetzung eines Oberbürgermeisters in der Stadtverordnetenversammlung als Oberbürgermeister in einer Sitzung des Magistrats zum Verfall kommen, und endlich müssen die völlig verfahrenen Zustände in der Berliner Stadtverwaltung beseitigt werden.

In allen diesen Punkten ist eine Entscheidung noch nicht abzusehen. Schlimmstenfalls könnte man annehmen, daß der Protest der Unabhängigen gegen die Nichtbestätigung des Dr. Löwenthins zum städtischen Schulrat, der in der heutigen Stadtverordnetenversammlung beraten werden dürfte, abgelehnt werden wird. Wenigstens haben die Mehrheitssozialdemokraten im Gemeindeforschuss der Landesversammlung sich gegen den unabhängigen Antrag ausgesprochen. Sollten sie diesmal bei der Stange bleiben, so wäre die Bahn für die Neuwahl eines Schulrats frei gemacht. Auch in der Frage des Oberbürgermeisters scheint man kaum daran zu denken, daß die sozialistische Linke sich zu einer einheitlichen Aktion entschließen dürfte, so entscheiden auch von rechtssozialistischer Seite auf die Arbeitsgemeinschaft der drei sozialistischen Fraktionen hingewirkt wird. Die linksunabhängige Fraktion, die sich übrigens jetzt als „Fraktion der Vereinigten kommunistischen Partei“ aufgegeben hat, will sich aber in keiner Weise binden, sondern sich auch in entscheidenden Fragen freies Hand vorbehalten. Selbst die „Freiheit“ sieht ein, daß damit nichts anfangen ist. Unter diesen Umständen ist nicht anzunehmen, daß die sozialistische Linke auf der Wahl eines von ihr präferierten sozialdemokratischen Bürgermeisters bestehen wird. Sollte sie aber wirklich Herrn Wehl präferieren, so müßte sie sich sagen, daß es völlig von dem guten Willen der vereinigten Kommunisten abhängen würde, was endlich die Zustände bei der Straßenbahn anlangt. Es ergibt sich aus der ganzen Situation die Notwendigkeit einer Reorganisation der Zeitung von selbst. Hinter den Kulissen spielen sich freudige Bestrebungen aller Art ab. Die Verlobung der Direction ist nur mit einer kleinen Mehrheit im Magistrat fest, und die Stadtverordnetenversammlung dürfte sich ihr weigern, in dieser Frage mitzureden, nicht nehmen lassen. Man wird deshalb auch alle Meldungen, als sei die Sache bereits entschieden, mit Mißtrauen gegenüberzutreten müssen. Ganz besonders gilt das von Meldungen, wonach bereits der eine oder andere der bisherigen Direktoren in seinem Amte bleiben würden. Davon kann augenblicklich nicht gesprochen werden. Die Verkehrsdeputation, die morgen nachmittags zusammentritt, wird zunächst die ganze Sachlage gründlich zu prüfen haben. Aber auch hier wird von sozialistischer Seite versucht, die Bürgerlichen völlig auszuschalten. So ist die Lage im Magistrat und in der Stadtverordnetenversammlung auf's äußerste gespannt. So viel sich die Lage übersehen läßt, dürfte eine Enttarnung nur möglich sein, wenn die rechtssozialistische Partei sich nicht länger als Anhängel der radikalen Linken mißbrauchen läßt.

Ueber „Sozialisierung und Bodenreform“ spricht Wilhelm Seemann, Vertreter des D. B. V. (Gewerkschaftsbund der Angestellten) im Reichstagsklub, am Donnerstag, 9. Dezember, 7 1/2 Uhr, im „Reichstagsklub“, Silberstraße 20.

Die Deutsche demokratische Partei in Stettin veranstaltet am nächsten Sonnabend, 11. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Albrechtshof

Photographierte Geister.

Dr. Alexander v. Humboldt soll auf eine Einladung zu einer wissenschaftlichen Sitzung, wo man ihm das Nachsehen einer Tischplatte unter den Händen der Anwesenden zeigen wollte, erwidert haben: „Der Klägers gibt immer nach.“ So abnehmend verhält sich mit guten Gründen die moderne Wissenschaft den unerklärlichen Erscheinungen der Natur und des Seelenlebens gegenüber nicht mehr; denn wenn man alle derartigen Vorgänge von vornherein für unmöglich oder Betrug hält, nur weil sie mit den herrschenden Anschauungen unvereinbar sind, wird man viele wichtige Lehren verlernen. (Wie vorzüglich man mit seinem Urteil sein muß, erhellt man daraus, daß einer der größten Physiologen, Dr. Bois-Reymond, noch 1890 behauptete, aus theoretischen Gründen könne man von der Photographie in natürlichen Farben für alle Zukunft so gut wie nichts erwarten.) Will Recht hat daher auch kein Gelehrter als einer der ersten Forscher, Friedrich v. Miller (München), in einer Studie über „Reflexion und Akt in der Seelkunde“ jüngst darauf hingewiesen, daß viele vorberogene Naturkräfte, die den Wissenschaftlichen als Wunder erscheinen, nicht mit den üblichen, rein mechanischen Untersuchungsverfahren aufzufassen sind, sondern experimentell-physiologische Methoden erfordern. Jedemfalls ist ein Einblick in die dunklen Vorgänge der Natur, die man genöthigt ist mit etwas kritischeren Instinkt Duktivismus zusammenzufassen, nur mit streng-wissenschaftlicher Prüfung zu gewinnen.

Wie das zu geschehen habe, erörterte der Münchener Arzt Dr. Wagner, bekannt durch seine Enthüllungen über die Wunderheilungen zu Lourdes, auf Veranlassung des Volkskraftbundes im Saale der Hochschule für Kunst. Wie immer in erregten Zeiten, steht der Duktivismus jetzt in höchster Blüte, und aus der Welt des unabhinglichen Seins wachen sich die Wollen gen in die des annehmlichen Scheins, wobei sie den falschen Propheten Weltereuten und Betrüger nur allzu leicht die Arme lausen. Der Vortragende war bemüht, durch Mitteilung zahlreicher eigener und fremder Beobachtungen, die er teilweise mit Bildern erläuterte, der gespannt folgenden Zuhörermenge einen Einblick in das geheimnißvolle Gebiet zu verschaffen. Er erörterte die bekannten und oft geschriebenen spiritistischen Vorgänge, die Telepathie, zeigte die Zerschlagungsbedingungen und Beobachtungsfehler, um dann in jedem Falle eine kritische Würdigung für unerschicklich zu erklären. Natürlich wird man auch an Wunder eigene Bilder menschlicher Hände, daß ohne jegliche Verbindung nur durch Auflegen auf die photographische Platte, loszulassen durch Eigenkraft, aufstehend gekommen sein sollen, diesen Wahnstücken entgegen müssen, (Wahnstücken, die an Wärtinnen und Schmetterlingsflügeln schon beobachtet.) Klügeres (selbstverleumdend) Anschauen haben hoffentlich die Ober davon überzeugt, daß ohne geist-

(Eingang durch den Hof links) eine Mitgliederversammlung. Frau Paula Samel (damals) spricht über: „Die Not unseres Volkes; neue Wege der Wohlfahrtspflege“. Eingeführte Gäste sind willkommen.

Aushebung eines Waffenlagers.

Das Waffenmagazin im Dieteler.

In der Nacht vom 6. zum 7. Dezember wurde, wie wir hören, auf dem Gute Treibitz bei Raumburg in einem Felsenkeller nahe der Ruudelsburg ein Waffenlager entdeckt. Es befanden sich dort: 381 Gewehre, Model 98, 6 Karabiner, 8 Schmeißer, 10 leichte Maschinengewehre, 9 Erschoßte für M. G. (Schützler), 2 leichte Minenwerfer, 2 Fahrzeugkomplett, (Pferde und Koffernwagen), 5 Selbstbedienungslokalen, 40 000 Schuß Geschosse und mehrere hundert Schuß Wollmunition. Sämtliche Waffen usw. befanden sich in tadellosem Zustand und waren neu geölt. Die Vernichtung des Lagers erfolgte sofort an Ort und Stelle. Der Pächter des Felsenkellers, in dem früher Bier Lagerie, erklärte, der Schlüssel befände sich gegenwärtig im Besitz des Oberst a. D. v. Schönberg in Raumburg.

Die Amnestierung der Rapp-Schuldigen.

In der Strafsache gegen den Generalstaatsanwalt Dr. Rapp aus Ahrensberg i. Pr. und Genossen wegen gemeinschaftlichen Hoheitsrats hat das Reichsgericht, I. Strafsenat, in nichtöffentlicher Sitzung vom 28. November 1920 teils auf Anträge von seiten der Angeklagten, teils von Amts wegen und Verheerungen des Oberstaatsanwalts beschloffen: Das Verfahren gegen die Angeklagten I. Geh. Regierungsrat Dr. Dohé aus Berlin, 2. Sächsischen Oberlandrat Dr. Bang aus Dresden wird gemäß Paragraph 1 und 2 des Gesetzes vom 4. August 1920 eingestellt, und die Befehlsgabe des Vermögens des Angeklagten Dohé (Schluß vom 25. März 1920) wird aufgehoben (Paragraph 480 und 485 der Strafprozessordnung), da nach den Ergebnissen der Voruntersuchung bei diesen Angeklagten die Voraussetzung der Straflosigkeit gegeben erscheint. (Kunzwe tritt, wie von uns mitgeteilt, Herr Dohé als Angeklagter gegen angebliche Rapp-Schuldige auf.)

Ein päpstlicher Abgesandter für Oberschlesien.

Rom, 9. Dezember. (Stefani.) Infolge der Bewegung, die unter der päpstlichen Geistlichkeit im Zusammenhang mit der Rundgebung des päpstlichen Bertram an die Geistlichkeit entstanden ist, hat sich der Vatikan entschlossen, nach Oberschlesien den Wiener Gesandten des heiligen Stuhls, Monsignore Dgno, zu entsenden. Dgno, der heute hier erwartet wird, wird nach Konferenzen mit dem Papst und dem Kardinalstaatssekretär nach Oberschlesien abreisen und bis zum Abschluß der Volksabstimmung dort verbleiben.

Keine Beschlagnehmung von Neubauten mehr.

Zur Förderung der Bautätigkeit.

Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Den Gemeindebehörden wurde bisher auf Antrag regelmäßig das Recht erteilt, auch Räume in Neubauten zur Unterbringung von Wohnungsuchenden zu beschlagnehmen. Nach den gemachten Erfahrungen hat diese Verfügung vielfach hemmend auf den Anreiz zur Herstellung neuer Wohnungen gewirkt. Der Reichsarbeitsminister hat daher bei den Landesregierungen angeregt, anzuordnen, daß die auf Grund des Wohnungsmangelgesetzes erlassenen Anordnungen auf Räume in Neubauten keine Anwendung finden sollen. Räume in Neubauten würden hiernach der Beschlagnehmung nicht unterliegen.

Die Vereinigung der Stadtbauräte der größeren Städte von Rheinland, Westfalen und Hessen-Nassau hat zur Wohnungsfrage eine Entschließung gefaßt, in der es heißt, der Wohnungsnot könne nur durch Neubauten gesteuert werden, die private Bautätigkeit komme aber für die Wohnungsverschaffung nicht in Betracht, da die Mieten die Kosten nicht decken. Die Mittel für Neubauten müßten durch Reich, Länder und namentlich die Gemeinden sichergestellt werden.

Wie aus Saarbrücken gemeldet wird, hat Staatsrat Kault, Präsident der Regierung des Saargebietes, den Einschlag gefaßt, einer großen Anzahl ausgewiesener Personen die Rückkehr in die saarländische Heimat zu gestatten.

wissenschaftliche Prüfung keine offenkundige Erscheinung, selbst wenn sie abgelehnt, geduldet, wenn sie bloß berichtet ist, gelaßt werden kann; hoffentlich hat man auch namentlich nach den Bemerkungen einiger Diskussionsredner, erkannt, daß Diktanten und Amateuroffizialen das Gebiet nur noch mehr verdunkeln.

Die neuen Weismarten. Bei der Rundgebung zur Not der deutschen Künstlerchaft am Sonntag im Reichstags wurde der Reichstagsminister Dr. Redlob durch einen Zwischenfall unterbrochen, der äußerst fragte, wie weit es denn mit dem Erfolg für die Germania marke sei. Redlob erwiderte, er habe für das Reichsjustizministerium seine Antwort zu geben und deutete damit antilige Geminnungen und Widerstände in dieser Frage an. Trotzdem wird erfreulicherweise mit der Ausgabe der neuen Markenlinien in nächster Zeit, wahrscheinlich im Januar, begonnen werden können. Ein Vorschlag des Reichstagsministers hat leider bei den anderen Behörden keine Gegenliebe gefunden. Redlob hatte für eine neue Zahlart und Fortanweisung eine anständige und zweckentsprechende Form entwerfen lassen mit Vordrucken in Schreibschrift, die von selbst auch den Ausführenden zu einer sorgfältigen und guten Schrift hätten führen können, und mit einer praktischen Verteilung der verschiedenen Rubriken. Aber da die Schreibschrift lateinisch sein mußte, ist dieser wie mancher andere Vorschlag des Reichstagsministers auf beherdliche Ablehnung gelaufen.

Keine Mitteilungen. Ein einziges, aber sehr dreites Komma hat den Sinn der Behauptung von „Anpicht“ im „Volling-Becker“ im heutigen „Anpicht“ enthielt. Es sollte am Schluss heißen, daß „Wähler“ auch in dieser „Volling-Becker“ um ist. — Erik Rörner war inlog Krankheit seinen für einen (Freitag) im Wänter-Saal angelegten Vortragabend ablegen. Geilte Eintrittskarten werden zurückgenommen.

Wissenschaftliche Nachrichten. Der Verhalt für unsere deutsche Biologie an der Universität Göttingen ist dem außerordentlichen Professor Dr. Hermann Schneider an der Universität Berlin übertragen worden. Professor Schneider ist 1869 in Bielefeld (Rheinland) geboren und erhielt 1913 einen Dokortrat an der Berliner Universität, wo er Extraordinarius wurde. Er ist ein Schüler von Erich Schmidt und Reiche.

Ein neuer Fichart. Soeben ist bei Oesterfeld u. Co., Berlin, ein neues Buch von Johannes Fichart (Erich Domarow) erschienen, das unter dem Titel „Röyfe der Gegenwart“ eine Reihe führender deutscher Persönlichkeiten im Rahmen der politischen und kulturellen Zeitereignisse in künstlerisch-littrischer Weise porträtiert. Das Buch stellt, das in sich abgeschlossen, den dritten Band des „Alten und neuen Schyllens“ dar, das in solcher Folge zahlreiche Auflagen erlebte und auch in fremde Sprachen überetzt wurde.

Die Regierungstrifft in Bremen.

Volksabstimmung voraussichtlich Mitte Januar. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Bremen, 9. Dezember.

Die Kommuniten und Unabhängigen in Bremen können es noch immer nicht erwinden, daß ihr Regiment, das sie sich im bremischen Senat eingerichtet hatten, so schnell wieder ein Ende gefunden hatte, und sie benutzen jede Gelegenheit zu Verleumdungen, die Gemait wieder an sich zu bringen. Schon ihr Verhalten in der Bürgerchaftsitzung am 3. Dezember zeigte, daß ihnen die Ablehnung einer Teilnahme an der Regierung mit bürgerlichen Vorstehergebrigen zutunnen jetzt leid tut. Es handelte sich damals um die Auflösung der Stadtverwaltung. Am 28. November hatte die Bürgerchaft durch ihre sozialdemokratische und unabhängige Mehrheit beschloffen, daß der Senat die Stadtwahl, die sich als ein Fort sicherer Ordnung gegen alle radikalen Umstrukturierungen bewährt hatte, sofort aufzulösen, ihr die Wahlen abnehmen und darüber der Bürgerchaft in deren nächster Sitzung nach acht Tagen Bericht erstatten solle. Der Senat antwortete, daß dieser Beschluß eingehender Prüfung bedürfte; der Senat werde in Ausübung seines verfassungsmäßigen Rechts innerhalb der zweiwöchigen Einspruchsfrist seine Erklärung der Bürgerchaft geben lassen. Der Unabhängigenführer Dr. Künster interpretierte diesen Beschluß des Senats dahin, daß dieser dem Beschluß der Bürgerchaft nicht Folge leisten wolle, und stellte den Antrag, daß die Bürgerchaft ihn ihr Vertrauen entziehe; er sie, die Unabhängigen, duldeten, daß der Senat reaktionär regiere, fehlte sie sich selbst in die Regierung. Wie die Redner aller bürgerlichen Parteien, so betonte auch der Demokrat Wendorf die völlige Gefährdung der Interaktion Dr. Künsters. Der Senat habe stets objektiv im Sinne der Verfassung die Geschäfte geführt, durch das Bestehen der Stadtwahl sei die Revolution nicht gefährdet worden, im Gegenteil habe sie die Verfassung geschützt. Von seiten der Sozialdemokraten, die dem Vergehen der Unabhängigen mehr oder weniger zugunten, wurden Vergehens an die demokratische Fraktion angedeutet, sie könne durch Zutritt zu einer Regierung mit den Unabhängigen zusammenarbeiten. Da die Abstimmung über das Mißtrauensvotum erst nach 10 Tagen, also in der Sitzung vom 15. Dezember frühestens, stattfinden könnte, so verließen am 8. Dezember die Verhandlungen vorläufig im Saale.

Der Senat hat aber die Abstimmung über das Mißtrauensvotum nicht abgemerkt, er hat nicht die Dinge an sich herauskommen lassen, sondern selbst gehandelt. In einer ausführlich begründeten Erklärung sprach er den Rücktritt des gesamten Senats aus, wobei er namentlich darauf hinwies, daß die Einkommenssteuer der Bürgerchaft in wiederholten Fällen den Verluh gemacht habe, dem Senat die Ausführung der ihm verfassungsmäßig zuzehenden Rechte zu unterbinden. Er stellte auch fest, daß er die Geschäfte innerhalb der Grenzen, die ihm durch die Verfassung gezogen sind, unter Ausschaltung aller parteipolitischen Erwägungen nach bestem Können zum Wohle des bremischen Senats zu führen gewillt gewesen sei. Nach den Bestimmungen der bremischen Verfassung, die sich an die Reichsverfassung anlehnt, ist nun, wenn mindestens ein Drittel der Bürgerchaft es verlangt, ein Volksentscheid darüber herbeizuführen, ob der Senat zurücktreten oder die Bürgerchaft neu gewählt werden soll. Mehr als 40 bürgerliche Mitglieder der Bürgerchaft haben nun den Antrag auf Herbeiführung eines Volksentscheides bereits an den Präsidenten der Bürgerchaft gerichtet, also weit über ein Drittel.

Die Volksabstimmung — die erste im neuen Deutschen Reich nach dem Kriege — wird nun voraussichtlich etwa Mitte Januar stattgefunden haben. Binnen weiteres 48 Tagen muß jedoch die Neuwahl zur Bürgerchaft erfolgen. Bis zur Entscheidung führt der schiebe Senat die Geschäfte weiter. Eine gewiss nicht leichte Aufgabe in Anbetracht der allseitigen Erregung, die die nächste Zeit mit ihrer Agitation, die von Instabiltät Seite gewiss nicht hinter den Formen früherer Gelegenheiten zurückbleiben wird, ohne Zweifel bringen dürfte.

Bei der Stimmung, die in der bremischen Bevölkerung überwiegt, dürften die Instabiltäten sich wahrscheinlich vermehren, wenn sie starke Hoffnungen auf ein Ergebnis zu ihren Gunsten rechnen.

Kommunistische Kampfanfrage in Sachsen.

Arme Unterstützung der sozialistischen Regierung.

Dresden, 9. Dezember. (M. F.)

In der heutigen Sitzung des Landtags, auf deren Tagesordnung als einziger Punkt die Wahl des Ministerpräsidenten steht, wurde zunächst vom Abgeordneten Wirth (Soz.), der bisherige Ministerpräsident Buch als Kandidat zur Wahl vorgeschlagen. Die Deutschnationalen, Demokraten und Deutsche Volkspartei gaben Erklärungen ab, daß sie sich infolge der Teilnahme der Kommunisten an der Regierungsbildung nicht an der Wahl beteiligen würden. Der Abg. Künner (Komm.) verlos sodann ein lauge Erklärung, die darin gipfelte, daß seine Partei die Verfassung nicht anerkenne und sie bei der ersten Gelegenheit zu kürzen versuchen werde. Nach dieser kommunistischen Kampfanfrage, die durch den Präsidenten nicht unterbrochen wurde, wurde die Sitzung auf Antrag Wirths um eine Stunde vertagt.

Der Aufsichtsrat über den Maschinenvertrag der Deutschen Werke.

Der Aufsichtsrat der Deutschen Werke A.-G. hat vorgestern nach längerer Beratung über den vierjährigen Maschinenvertrag der Deutschen Werke A.-G. eine Entschließung gefaßt, die wie wir entgegen irreführenden Mitteilungen einiger Berliner Blätter ersahen, den folgenden Wortlaut hat:

Der Aufsichtsrat anerkennt, daß die Direktion der Deutschen Werke A.-G. den Vertrag mit Herrn Rahn in gutem Glauben abgeschlossen hat, den Deutschen Werken zu nützen. Er hält den Vertrag nicht für vortheilhaft für die Deutschen Werke. Angesichts der Rechtslage und der von beiden Vertragsparteien anerkannten authentischen Interpretation, die den Vertrag wesentlich weniger ungünstig erscheinen läßt, sieht sich der Aufsichtsrat zu seiner Aufrechterhaltung veranlaßt. — Im übrigen stellt der Aufsichtsrat fest, daß die Direktion ihre Pflicht vollständig erfüllt hat. Der Aufsichtsrat beschließt, einen engeren Ausschuss von vier Mitgliedern unter dem Vorsitz des Herrn Reichsgerichtsraths ernennen zu lassen, der berechtigt ist, die Veranlassungen der Direktion zu machen. Der Aufsichtsrat bittet den Vorstand, bis auf weiteres die Geschäfte fortzuführen. Weitere Mitteilungen über die Angelegenheit beschaffen wir uns vor.

* Auf Einladung der Ortsgruppe Leipzig der Deutschen demokratischen Partei spricht am Freitag, 10. D., abends 7 1/2 Uhr, in einer öffentlichen Versammlung in der Leipzig-Steinstraße Fr. G. W. a. s., Direktorin der Montfort-Schule, Landwehr, über: „Die Erziehung von der Schulzeit“. Der Vortrag wird durch Mitglieder anschaulich erläutert werden.

